

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntags und Feiertagen, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Aule
Geschäftsstelle: Herford,
Kernstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 53 und 151
Postfach Nr. 5795
Scheidt-Hamacher

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1. Spalte 10 Pfennig oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Seite 2.00 Mark

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 233.

Herford, Montag, den 4. Oktober 1920

38. Jahrgang.

Der preußische Wahltermin.

Der Beschluß der Preussischen Landesversammlung, den Verfassungs- und Wahlvorbereitungsarbeiten die notwendige Zeit zu gewähren, hat die Presse der Rechten in wilde Erregung über die Gebärden dieser Erregung versetzt. Daß die Rechte für die Neuwahlen den frühesten erreichbaren Zeitpunkt wünscht, ist eine Tatsache, die weiter nicht erörtert zu werden braucht. Seit den ersten Anzeichen eines Wählerabmarsches nach rechts und links haben sich die Oppositionsparteien auf den praktisch unanwendbaren Grundsatz festgelegt, daß ein Parlament das Lebensrecht in dem Augenblick verloren habe, da seine Zusammenkunft der Wählererschaft nicht mehr restlos zu entsprechen scheint.

Ganz abgesehen davon, daß man mit diesem Schlagwort jede Volksvertretung fast vom ersten Tag ihres Bestehens an für überaltert erklären kann, sollten wenigstens die Parteien der Rechten aus der Junikrisis gelernt haben. Nicht nur das Ergebnis, sondern auch der Zeitpunkt der Reichstagswahlen trug damals viel zur allgemeinen Ratlosigkeit, zur Ueberlastung wichtiger gesetzgeberischer Arbeiten und zu einer Verlegenheitslösung bei, die am wenigsten den Hoffnungen der Rechten entsprach. Soll, was im Reich so unbefriedigend ausging, in Preußen sich wiederholen? Natürlich ist ein Gegensatz zwischen der Reichs- und der preussischen Regierung vom Uebel. Aber einmal ist es durchaus nicht sicher, ob Neuwahlen diesen Widerspruch beseitigen würden, und gewiß wird der Uebelstand nicht dadurch beseitigt, daß man dem neuen Preussenhause gerade jetzt einen Stapel unvollendeter, in Verwirrung geratener Arbeit zurückläßt. Die Demokratische Partei im besonderen wünscht einen möglichst frühen Zeitpunkt der Neuwahlen genau so, wie die Rechte ihn wünscht. Nur sagt sie sich, daß mit technischer-minderwertiger Arbeit nichts gewonnen sein kann und daß, da der Wahltag in einen bestimmten Abstand vom Fertigwerden der Verfassung gebracht werden soll, die Parteien es ja immer noch in der Hand haben, zur Beschleunigung beizutragen.

Aber das alles mag die Rechte unter sich und mit ihren Wählern ausmachen. Bemerkenswerter als ihr Widerstand ist die Art, in der dieser Widerstand sich äußert. Am Morgen nach dem Beschluß konnte man lesen, das um seine Willensbestimmung gebrauchte „Volk“ werde seine Sache selbst in die Hand nehmen und der Landesversammlung eine Ration erteilen, die ihr jede Lust an weiterer Vertreters-tätigkeit nehmen werde. Das steht nicht in der „Noten-Fahne“, das steht im Blatt der „Partei der Ordnung“: der „Post“.

Dieser Aufruf an die Straße wird hoffentlich die Beachtung finden, die er verdient. In wenigen Monaten werden die Wahlaufsätze der Rechten erscheinen. Es wird darin viel von der Staats-Autorität, einiges von dem Volkswillen, vor allem aber wird darin von der Politik der Straße und ihrer Verderblichkeit die Rede sein. Beherzigenswertes ohne Zweifel. Nur wird die äußerste Linke, so oft ihre Wahlverbündeten rechts ihr das Abscheuliche der Gewalttätigkeit entgegen halten, auf Ausrufungen wie die der „Post“ hinweisen können, um mit Leichtigkeit zu beweisen, daß die „Straße“ auch eine rechte Seite hat. Der Rappisten-Putsch und manches andere war halb vergessen; rechtzeitig erinnern die Ordnungsmänner selbst daran, daß der Wille zur Faust-gewalt bei ihnen nicht schlummert.

Der Volkswille? Wenn mit seiner Erfüllung rechtzeitige Wahlen gemeint sind, rennt man offene Türen ein. Er wird nicht durch die Frage berührt, ob nach zweimonatiger Vorbereitung im Februar oder nach unzulänglicher im Dezember gewählt werden soll. Im übrigen verteilt sich das, was die Zweckdemokraten der Rechten den Volkswillen nennen, bekanntlich auf zwei Gruppen, die genau das Entgegengesetzte wollen und einzig nur gegen den augenblicklich regierenden Parteibund sind. Wollen sie einig auch in der Anwendung gewisser frührevolutionärer Mittel werden? Die „Post“ scheint dergleichen zu wünschen. Dann aber sollte man auch die Worte „Gefeg“ und „Ordnung“ aus der Firma streichen.

Deutschlands Ernährungslage.

Konferenz der Ernährungsminister aller Länder.
Berlin, 2. Okt. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat am Freitag eine Besprechung mit den Ernährungsministern der Länder stattgefunden, bei der die gegenwärtig im Vorderrunde stehenden Fragen der Ernährungswirtschaft einer besonderen Erörterung unterzogen wurden, namentlich die Brotgetreidewirtschaft und die Kartoffelversorgung. Die Konferenz war sich klar darüber, daß ein

großer Bedarf an Auslandsgetreide vorhanden sei, daß eine Steigerung dieses Bedarfes außerordentlich nachteilig sei und im Interesse der Reichsfinanzen nach Möglichkeit vermieden werden müsse. Wenn auch fast von allen Seiten berichtet

Das Neueste vom Tage.

Der Finanzausschuß der Brüsseler Konferenz empfiehlt den Regierungen in einer Entschließung 1. Gleichgewicht der Staatshaushalte, 2. Deckung der ordentlichen Ausgaben durch ordentliche Einnahmen, 3. Verminderung der Rüstungen, 4. Verwendung von Anleihen zur Amortisierung der schwebenden Schuld.

Die Reichsregierung will gegen die von Frankreich beabsichtigte Annexion der ehemaligen deutschen Schutzgebiete Logo und Kammer protestieren, da solche Maßnahmen mit dem Versailler Vertrag nicht im Einklang stehen.

Im Wiederaufnahmeverfahren gegen die Mitglieder des Marburger Studentenkorps wurde die Verhandlung vor dem Schwurgericht in Kassel auf Mitte November verschoben, da seitens des Verteidigers der Staatsanwaltschaft sehr umfangreiches Entlastungsmaterial überreicht wurde.

Die Wirtschaftsverbände (Handelskammern) Nordwestdeutschlands protestieren in einer Entschließung gegen die Einrichtung von Wirtschaftskammern (Arbeiter- und Wirtschaftsräte), die den Unternehmer- und Arbeiterkammern übergeordnet sein und als die Berufsvertretungen anerkannt werden sollen, da hierdurch die Unternehmer- und Arbeiterkammern Körperchaften minderen Rechtes würden.

Der Berliner Komponist Max Bruch ist im Alter von 82 Jahren in seiner Wohnung in Friedenau gestorben.

Die Einkommensteuer des früheren deutschen Kaisers soll auf der Grundlage eines Jahreseinkommens von 1½ Millionen Gulden berechnet werden. Der Kaiser hat angeblich um Aufschub bis zum November ersucht, da er sein Einkommen noch nicht schätzen könne.

Der Rat des Völkerbundes tritt am 14. Oktober zu einer Sitzung in Brüssel zusammen.

Der französische Botschafter in Berlin, Laurent, wird in Paris erwartet.

In Paris ist eine tschecho-slowakische Handelsmission eingetroffen. Sie hat die Aufgabe, mit der französischen Regierung über den Abschluß eines Handelsvertrages zu verhandeln.

Bei der Zusammenkunft der italienischen sozialistischen Parteileitung in Mailand wurde mit 7 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, welche den 21 Bedingungen Moskaus zustimmt.

1500 Bergarbeiter von Limnithia (?) in der Grafschaft Glamorgan (England) legten die Arbeit nieder, um gegen die schleppenden Londoner Verhandlungen zu protestieren.

Die Regierung Lettlands wurde aufgefordert, an den russisch-polnischen Friedensverhandlungen teilzunehmen, weigerte sich aber, da durch ihre Beteiligung nur neue Probleme aufgeworfen werden würden.

Eine türkische Streitmacht hat unter türkischer Führung und unterstützt von Bolschewisten einen Angriff auf Armenien begonnen.

In der Krim sollen vier Kosakendivisionen Sowjetrußlands zur Armee Wrangel übergegangen sein.

In Kairo wurde ein Erdstöß, der 40 Sekunden dauerte, wahrgenommen. Ueber Schäden wurde bisher nichts berichtet.

Japan errichtete Gesandtschaften in Griechenland und Polen.

wurde, daß die Roggenernte nicht gut ausgefallen sei, so wurde doch immer wieder die Notwendigkeit betont, daß die Getreideablieferung möglichst umfangreich sein müsse, um die Einfuhr zu verringern. Der Wunsch nach einer Erhöhung der Brot-ration wurde als durchaus verständlich und berechtigt anerkannt, zugleich wurde aber auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die Erhöhung durchzuführen. Hingegen fand die Anregung lebhafter Zustimmung, die in Aussicht gestellte Ration des gering ausgemessenen Kochmehls von 125 Gramm auf 150 Gramm wöchentlich zu erhöhen. Die Reichsregierung sagte eine wohlwollende Prüfung dieser Anregung zu, nachdem aus der Mitte der Versammlung hervorgehoben worden war, daß das Kochmehl wegen seines höheren Preises nicht von allen Kommunalverbänden voll übernommen werde und hiernach der Einfuhrbedarf keine erhebliche Steigerung erfahren würde. Auf Wunsch Thüringens wurde auch die Frage eines Ausfuhrverbotes besprochen, wobei darauf hingewiesen wurde, daß ein Ausfuhrverbot bestünde, daß es aber nicht angängig erscheine, das Verbot auch auf Privathaushaltungen zu erstrecken. Als ein Hauptmittel für die Sicherung der Brotversorgung wurde

immer wieder auf eine verstärkte Anlieferung seitens der einheimischen Landwirte und auf eine schärfere Erfassung hingewiesen.

Der Stand der Kartoffelversorgung

wurde von verschiedenen Vertretern der Länder wesentlich günstiger beurteilt, als das heute in der Öffentlichkeit geschieht, und zwar führte zu einer günstigeren Auffassung die Tatsache, daß die Kartoffelernte nach den einkommenden Nachrichten eine gute Mittel-ernte ist, und daß durch den Beschluß vom 29. September eine Einigung zwischen den Organisationen der Erzeuger sowie der Städte und Gewerkschaften über Niederhaltung der Preise zustande gekommen ist. Es wurde aber von verschiedenen Seiten die Meinung vertreten, daß der Öffentlichkeit sich eine gewisse Nervosität bemächtigt habe, obwohl die Ernte jetzt erst recht in Gang komme, und daß diese Nervosität zu übereilten Kaufversuchen und damit zu Preistreibern führe. Die Mehrzahl der Redner sprach sich dahin aus, daß eine Aufhebung der abgeschlossenen Verträge durch das Reich nicht möglich sei, ohne daß das Vertrauen in die Verordnungen des Reiches erschüttert und damit für die Wirtschaft im nächsten Jahre eine große Gefahr heraufbeschworen würde. Der Leiter der Reichskartoffelstelle legte dar, daß die Verordnung über die Lieferverträge einschließlich der Preise auf die Initiative der Städte und Berufsvertretungen zurückgehe, nicht auf die der Reichsbehörden, die sich bemüht hätten, die Preise für Vertragskartoffeln durch Erniedrigung der Prämie von 5 M zu vermindern. Aus verschiedenen Landesteilen wurde berichtet, daß zwischen Verbrauchern und Erzeugern unter Führung der Provinzial- und Landesbehörden ein Uebereinkommen getroffen sei, wonach pro Hektar eine bestimmte Anzahl von Zentnern Kartoffeln zu einem Preise von 20 M und darunter für schlechter gestellte Familien, namentlich auch Kriegervitwen, zur Verfügung gestellt würden. Es wurde angeregt, diesem Beispiele in größerem Umfange zu folgen. Vor allem aber wurde die Erwartung ausgesprochen, daß der Preis von 25 M nach der Vereinbarung vom 27. Sept. auch wirklich nicht überschritten werde.

In der Besprechung der Milcherzeugung wurde darauf hingewiesen, daß der zur Zeit vom Reich zugestandene Höchstpreis von 125 M nicht heraufgesetzt werden könne. Zur Vermeidung von Ungleichheiten in der Preisbildung und Belieferung wurde die Schaffung größerer Wirtschaftsgebiete in Aussicht genommen.

Weiter wurde noch die Nahrungsmittelwirtschaft besprochen, während die Aussprache über die Ein- und Ausfuhr wegen der vorgeschrittenen Zeit vertagt werden mußte. Die nächste Konferenz der Ernährungsminister soll Anfang November in Weimar stattfinden.

Quäker-Dentschriften.

Berlin, 2. Okt. Der Reichspräsident empfing gestern einige hier weilende Mitglieder der Gesellschaft der Freunde (Quäker), die ihm zwei Dentschriften der im August d. Js. in London abgehaltenen Weltkonferenz der Freunde überreichten. In der an die Regierungen aller Völker gerichteten Dentschrift wird der sofortige Abbruch des Krieges zwischen Rußland und Polen, die schleunige Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens durch eine internationale Kommission aller in Betracht kommenden Länder, die Neubildung des Völkerbundes unter Einfluß Deutschlands und Oesterreichs und Rußlands und die Ent-waffnung aller Völker gefordert. Die an den Völkerbund gerichtete Dentschrift verlangt ebenfalls die Umbildung der Verfassung.

Der Kongreß fordert die Erweiterung der Pariser Völkerbundsakte durch einen Weltfriedensvertrag, durch einen ständigen internationalen Gerichtshof, durch einen unparteiischen obersten Vermittlungsrat und durch ein allen Staaten aufzuerlegendes Verbot der Wehrpflicht und der Herstellung von Kriegswerkzeugen. Der Völkerbund darf in keiner Form einer organischen Lösung Vorschub leisten. Der Kongreß hofft zuversichtlich, daß die Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund derartige sein werden, daß die Einladung zum Eintritt unter den internationalen und nationalen Gesichtspunkten angenommen werden kann.

Die Frankfurter internationale Messe.

Frankfurt a. M., 3. Okt. Die Internationale Messe wurde heute vormittag eröffnet. Zugleich fand die Eröffnung der Sonderchau „Das deutsche Buch“ statt. Das Leben auf dem Messengelände und in den Messhäusern ist sehr rege. Die Vorarbeiten des Messamtes waren rechtzeitig abgeschlossen, so daß die Besucher in Ruhe ihre Stände einrichten konnten. Für heute sind eine ganze Reihe ausländischer und inländischer Journalisten angemeldet. Am 5. Oktober werden die Mitglieder der Reichsregierung und Vertreter der bundesstaatlichen Regierungen sowie Vertreter des Reichstages und der bundesstaatlichen Landtage die Messe besuchen. Am gleichen Tage werden hervorragende Vertreter des Auslands zum Besuche der Messe erwartet. — Heute tagen der Zentralverband des deutschen Großhandels und der Handelsbund in Süddeutschland. Für Ende dieser Woche sind wirtschaftliche bibliophile Tagungen, die in

Verbindung mit der Sonderchau „Das deutsche Buch“ abgehalten werden, angekündigt. Anmeldungen von Einkäufern liegen in überaus großer Anzahl. Aus dem Auslande sind vor allem große Reisegesellschaften Schwedens, Dänemarks, Finnlands, Hollands und der Schweiz angemeldet. Auch aus der Tschecho-Slowakei und Oesterreich sind zahlreiche Einkäufer angemeldet. Gestern sind bereits mehrere türkische Kaufleute zum Besuche der Messe eingetroffen.

Die Gefangenen in Rußland.

Berlin, 3. Okt. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Im Mai befanden sich in Rußland ungefähr 200 000 Kriegs- und Zivilgefangene, darunter etwa 15 000 deutsche Kriegsgefangene und 10 000 deutsche Zivilgefangene. In Deutschland befanden sich um jene Zeit etwa 250 000 russische Kriegsgefangene. Seitdem sind aus Deutschland 55 000 Gefangene und aus Rußland 50 000 Kriegsgefangene aller Nationalitäten heimbeordert worden, darunter 13 000 reichsdeutsche Kriegs- und Zivilgefangene. In diesem Winter werden noch etwa 3000 bis 5000 reichsdeutsche in Rußland verbleiben müssen, da sie sich in Arbeitskommandos befinden, wodurch ihrem Abtransport große Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Es ist jedoch Vorzugsweise getroffen, daß diesen Gefangenen in jeder Weise die notwendige Unterstützung zuteil wird.

Neue polnische Bluttat.

Mindenburg, 2. Okt. Eine schwere Grenzverletzung haben sich, wie die Neidenburger Zeitung mitteilt, polnische Posten an der Grenze bei Wolla zu Schulden kommen lassen. Am 28. September wurde der Altkamer Friedrich Krawjowski aus Scharnau von polnischen Posten auf deutschem Boden ohne jeden Grund erschossen. Die polnischen Posten schleppten die Leiche auf polnisches Gebiet, wahrscheinlich um den Anschein zu erwecken, als sei er wegen unerlaubten Grenzübertritts dort erschossen worden. Es wurde einwandfrei festgestellt, daß Krawjowski die Grenze nicht überschritten hatte. Die von amtlicher Seite eingeleiteten Verhandlungen wegen Auslieferung der Leiche sind ergebnislos verlaufen.

Rundschau.

Der Hauptausschuß der Preussischen Landesversammlung setzte am Sonnabend seine Beratungen über den Etat des Ministeriums des Innern fort. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Dr. Leidig, warf den Mehrheitsparteien vor, daß sie absichtlich die Wahlen verzögerten und sich eine Salvenfrist auf Grund des Ruhehandels mit der Sozialdemokratie gesetzt haben, das darauf hinausdeutet, daß die künstliche Verlängerung nur vom Standpunkt der Macht und des Beherrschungszustandes herbeizuführen sei. Der Minister des Innern, Severing, erwiderte, daß die Mehrheitsparteien infolge der massenhaften großen Anfragen und Anträge die Wahlen verzögerten und sehr häufig Mangel an Objektivität zeigten. Er führte weiter aus, daß bei der Aufhebung der Spitzelzentrale in Magdeburg er nicht mit allen Maßnahmen des Oberpräsidenten Göring einverstanden gewesen ist. Es ist zu viel Geräusch gemacht worden und besonders sei es nicht gut, daß in dem ersten Stadium der Untersuchungen die Presse mobil gemacht wird. Dadurch wird die Öffentlichkeit nur beunruhigt. Der Minister wies aber darauf hin, daß in den letzten Tagen bei Agenten der Orgesch ein genauer Plan für die Aufstellung der Roten Armee festgestellt worden ist. Genauere Angaben und Material würde in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Die Schwierigkeiten des reibungslosen Arbeitens zwischen Preußen und dem Reich sind nicht auf die preussische Regierung zurückzuführen. Sie habe immer Entgegenkommen gezeigt. So sei zum Beispiel der Minister als Reichskommissar nach Breslau, als Vertreter nach Spaß auf Wunsch der Reichsregierung geschickt worden und das Gemeinde-Gesetz für Helgoland, welches gegen die Grundzüge der modernen Auffassung spreche, sei lediglich auf Wunsch der Reichsregierung eingebracht worden. An der Entlassung des Oberpräsidenten Dr. Richter ist der Minister Severing nicht aktiv beteiligt gewesen, sondern das Staatsministerium habe sie vorgenommen. Er übernehme aber die ganze Verantwortung. Die Vertreter der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Demokraten weisen die Angriffe Dr. Leidigs energisch zurück, daß sie keinen Ruhehandel betreiben, sondern sich nur von staatsnotwendigen Maßnahmen leiten lassen. Dagegen habe die Rechte einen Unterschied zwischen praktischer Mitarbeit und Agitation gemacht. So sei zum Beispiel der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Weiterzahlung der Kriegszuscherstärkungen an die Gemeinden aufgestellt worden, während der Vertreter im Hauptausschuß die Einsetzung der Unterstützungen in den Etat ablehnte.

Unstimmigkeiten zwischen Deutscher Volkspartei und Deutschnationaler Volkspartei in Preußen? Der Ältesten-Ausschuß der preussischen Landesversammlung hat bekanntlich den Antrag der Demokraten, die Wahlen spätestens drei Monate nach Verabschiedung der Verfassung vorzunehmen, angenommen und den Vorschlag der Rechtsparteien, den Termin bereits am 12. Dezember anzusetzen, abgelehnt. Diese befristete Festlegung des Termins, die etwaigen Obstruktionsgelüsten der Rechten bei den Verhandlungen über die Verfassung einen Kiegel vorschiebt, scheint den Rechtsparteien sehr unangelegen zu kommen. Sie begnügen sich mit der Ablehnung ihres technisch unmöglich durchzuführenden und nur aus Agitationszwecken erklärlichen Antrages nicht, sie wollen ihm vielmehr auch noch voraussichtlich nach weithin tönenden Reden zum Fenster hinaus im Plenum angelehnt haben. Die Deutsche Volkspartei hat einen Antrag eingebracht, daß die Staatsregierung ersucht werde, die Wahlen für den 12. Dezember 1920 anzuberaumen, diesen Wahlen des Reichstagswahlrechts vom 6. Juni 1920 zugrunde zu legen und die dort vorgesehene Wahlkreiseinteilung mit der Maßgabe beizubehalten, daß auf je 45 000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Einen ähnlichen Antrag hat auch die Deutschnationale Volkspartei eingebracht. Es hat befremdet, daß die Parteien, die bisher zwar getrennt marschieren, aber vereint schlagen wollten, jetzt auch getrennt schlagen wollen. Aus der Notiz einer Deutschna-

nales Zeitung ist zu entnehmen, daß ursprünglich auch der Plan bestand, einem gemeinschaftlichen Antrag einzubringen. Das deutschnationale Blatt bedauert das getrennte Vorgehen, das die Wucht der Aktion abschwächen müsse. Des Sängers Höflichkeit schweigt aber darüber bisher, aus welchen Gründen die gemeinschaftliche Aktion gescheitert ist und wer die Schuld daran trägt.

Der Preisabbauberlust des sächsischen Staates. Der Preisabbauberlust des sächsischen Landeslebensmittellandes in den letzten Wochen im Anschluß an die allgemeine Bewegung auf Verbilligung der Lebensmittel vornahm, hat, wie uns mitgeteilt wird, eine recht unangenehme Wirkung nach sich gezogen. Dem sächsischen Staat ist dadurch ein Verlust von 50 bis 75 Millionen Mark entstanden, dem allerdings einige Millionen Mark an Gewinnreserven gegenüberstehen. Auch die Stadt Dresden hat Millionenverluste aus dem gleichen Grunde erlitten.

Erster westfälischer Beamtentag.

Münster, 3. Okt. Der Provinzialverband Westfalen des Deutschen Beamtenbundes der die Zusammenfassung des westfälischen Beamten und der Lehrerschaft darstellt, trat gestern und heute zu seinem 1. Westfälischen Beamtentag zusammen. Eingeleitet wurde die Tagung durch Sektionen des Provinzialverbandes und der Orts- bzw. Kreisstellvertreter. Nach der Annahme einiger Entschließungen referierte Hofmeister-Herford über Besoldungsfragen. Er mahnte im Verlaufe seines Vortrages nachdrücklich zur Einigkeit der Beamtenschaft, um ihre vollberechtigten Forderungen durchzusetzen. Im Anschluß an dieses Referat wurden zwei Entschließungen angenommen:

1. Der Reichstag und die preussische Landesversammlung werden ersucht, bei der jetzt bevorstehenden Nachprüfung des Gesetzes betreffend die Dienstentlohnung der unmittelbaren Staatsbeamten durch Erhöhung des Ausgleichszuschlages, die Anpassung der Beamtenbesoldung an die allgemeine wirtschaftliche Lage, d. h. die jetzt von Tag zu Tag sprunghaft steigende Lebenshaltung, herbeizuführen. Die Projektionen sind in der Weise zu bemessen, daß sie für die unterste Gehaltsstufe entsprechend höher gestaffelt sind.

2. Der westfälische Provinzialverband des deutschen Beamtenbundes spricht sich gegen den Vorbehalt, daß die Lehrerschaft so ungebührlich lange auf die Regelung ihrer neuen Besoldungsbezüge warten muß und zu einer Zeit, in der jeder Beamte nicht weiß, wie er durchkommen soll, mit mangelhaften Notvorschriften abgefunden wird. Der Provinzialverband fordert deshalb die preussische Regierung auf, durch Verabschiedung des Lehrerbeförderungsgesetzes diesem Mangel abzuheben.

Geheimer Postrat Loberg behandelte in längerem Referat die Frage der Dienstwohnungen. Nach kurzer Debatte wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Miete für eine Dienstwohnung kann nach Inhalt des Besoldungsgesetzes beim Uebertritt des Wohnungsinhabers in eine höhere Besoldungsgruppe erhöht werden. Das ist ungerechtfertigt und muß unter allen Umständen unterbunden werden.

Partischer-Jerlach sprach das im Entwurf vorliegende Beamten-Gesetz. In einer Resolution wurde insbesondere gefordert, daß ein Mitbestimmungsrecht der Beamtenausschüsse und Schlichtungsausschüsse in das Gesetz hineingearbeitet wird. Eine weitere Entschließung ersucht den Vorstand des deutschen Beamtenbundes, sofort einen Rechtsausschuß zu bilden und diesem die Bearbeitung der Frage: „Entschädigung für Wegfall der Steuererwerbsrechte der Beamten“ zu übertragen.

Der Vorsitzende teilte mit, daß zwischen den Provinzialverbänden Rheinland und Westfalen und dem Industrieverband eine Arbeitsgemeinschaft mit 250 000 Mitgliedern gegründet wurde, die aber jedem einzelnen Verbands Selbständigkeit sichert. Nach Aufhebung der Gründung der Arbeitsgemeinschaft wurde der Anschluß des westfälischen Provinzialverbandes an den deutschen Beamtenwirtschaftsbund beschlossen.

Geh. Reg.-Rat Jollenberg-Berlin, der sich um das Gedeihen des deutschen Beamtenbundes große Verdienste erworben hat und dessen Initiative der Gedanke eines deutschen Beamten-Einheitsbundes entsprungen ist, sprach dann in der Sonntagsabende über den „Beamten im Volksstaate“. Seine keineswegs parteipolitischen Ausführungen waren ein Streifzug durch das Gebiet der rechtlichen, wirtschaftlichen, politischen und staatsbürgerlichen Stellung des Beamten im Staate. Unser Staatsleben steht, wie er darlegte, seit der Revolution vor einer Umwälzung, für dessen Ende die Beamtenschaft eine entscheidende Rolle mitspielen hat. Selbstverständlich ist die Stellung des Beamten im neuen Staate eine freiere geworden durch das Recht der freien Meinungsäußerung und der Sicherung der Grundrechte der Beamten. Ohne Autorität und Disziplin ist die Führung eines Staatsbetriebes nicht möglich. Auch die Stellung der Frau als Beamtin hat sich gebessert, insofern als sie jetzt nicht mehr Konkurrentin, sondern als gleichberechtigte Mitarbeiterin angesehen wird. Als neueste Errungenschaft der Beamten bezeichnete er die Bestimmungen über die Unerblichkeit der wohlverordneten Rechte und die Bestimmungen über den Besoldungsbesitz und das Wiederwahlverfahren. Zum Schluß ging Redner auf die staatsbürgerliche Stellung der Beamten ein, wobei er betonte, daß die Beamten keine Sonderstellung im Staate beanspruchen dürfen, sondern sich nur als dienendes Glied fühlen müßten. Zur Erreichung aller dieser Ziele erachtet er den Zusammenschluß aller deutscher Beamten in einer einheitlichen Beamtenschaft, dem Deutschen Beamtenbund, der strenge politische Neutralität bewahrt, für nötig.

Das zweite Referat hielt Regierungsrat Lehmann-Berlin vom Deutschen Beamten-Wirtschaftsbund. Sein Thema lautete: Der Beamte und die wirtschaftliche Selbsthilfe. Er behandelte die Frage, ob die wirtschaftliche Selbsthilfe für die deutsche Beamtenschaft eine Notwendigkeit und ob sie auch volkswirtschaftlich zu ertragen sei. Für ihn bedeute die wirtschaftliche Selbsthilfe keine nebensächliche, sondern die Existenzfrage der deutschen Beamtenschaft. Er verstand unter Selbsthilfe nicht das Eingreifen in Regierungsmassnahmen, sondern den Versuch, die Kaufkraft des zur Verfügung stehenden Geldes zu heben, durch die Ausschaltung des Zwischenhandels zwischen Erzeugern und Verbrauchern. Er sah die erste Möglichkeit, um der wirtschaftlichen Notlage der Beamten zu steuern, in der Gründung einer großen einheitlichen Wirtschaftsgesellschaft. Er befürwortete weiter die Errichtung einer Beamtenschaft, eine bessere Ausgestaltung des Versicherungswesens, eine rege Wohnungspolitik im Rahmen des Reichsheimstätten-Gesetzes und die Errichtung eigener Beamtenerholungsheime.

Prof. Dr. Müller-Schabrad schloß in sehr düsteren Farben die wirtschaftliche Lage der Pensionäre und Witwen, für die auch die neue Regelung der Bezüge keine Existenzmöglichkeit zulasse. Daß von ihm eingebracht und in seinem Vortrag kommentierte Entschließung fand einstimmige Annahme. Nach dieser Resolution spricht sich der 1. Westfälische Beamtentag in Münster einmütig und entschieden dafür aus, daß endgültig mit der Unterscheidung zwischen Altpensionären und Witwen und Reupensionären und Witwen aufgeräumt wird. Er fordert 1. die Berechnung der Pension nach den neuen Gehältern, 2. die Ausgleichszulage in Höhe der Hälfte der insgesamt auszusahlenden Beträge.

Mit dem Wunsch, daß diese Tagung zum Segen der Beamtenschaft und des Vaterlandes gedeihen möge, schloß der Vorsitzende den 1. Westfälischen Beamtentag.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung Nr. 151.

4. Oktober.

Die Lebensmittelversorgung Herfords nach dem 1. Oktober.

Nach den Erkundigungen, die wir an wohlunterrichteter Stelle eingezogen haben, gestaltet sich die Lebensmittelversorgung Herfords auf den einzelnen Versorgungsgebieten wie folgt:

Für Fleisch hat die öffentliche Bewirtschaftung mit dem 1. Oktober ihr Ende gefunden. Danach ist also mit einer amtlichen Verteilung von Fleisch nicht mehr zu rechnen. Dagegen hat das Reich größere Mengen Konsumfleisch aufgeschichtet, die im Notfalle, wenn Konsumfleisch fehlt, den Bedarfsgebieten zugeführt werden können. Auch fällt für die Lebensmittelversorgung die bisherige Zentralisation der Einfuhr durch die Reichsfleischstelle bzw. Reichsfleischstelle fort, und die Einfuhr wird in die Hände des Handels zurückgelegt. Bei der schlechten Finanzlage des Reiches ist jedoch eine unbefristete Einfuhr vor der Hand noch nicht möglich. Es werden daher von der Reichsregierung für die verschiedenen Waren monatliche Einfuhrkontingente festgelegt, die nicht überschritten werden dürfen. Das System der Eingeleitungsbeihilfen wird insoweit bis auf weiteres noch aufrechterhalten. Die bisherige behördliche Tätigkeit ist hierbei in Zukunft ausgedehnt. Die Erteilung der Einfuhrgenehmigung sowie die Verteilung der Kontingente liegt vielmehr einem Selbstverwaltungskörper ob — dem Ueberwachungs-Ausschuß für Fleisch-Einfuhr —, in dem vertreten sind: das Fleischgewerbe, die Fleischwarenindustrie, die Konsumvereinigungen, der Speiseeinfuhrhandel und der Viehhandel. Ferner haben in dem Ausschusse Sitz u. Stimme 2 Vertreter der Arbeitnehmer. Allgemein ist man der Ansicht — und bis jetzt damit zusammenhangend durch die Tatsachen bestätigt —, daß in der ersten Zeit nach Aufhebung der Zwangswirtschaft sehr viel Konsumfleisch auf den Markt kommt. Dies hängt damit zusammen, daß die Landwirtschaft in der letzten Zeit in Erwartung der Aufhebung der Zwangswirtschaft mit ihren Lieferungen außerordentlich zurückgehalten hat. In diesem Zusammenhang ist es interessant, einen kleinen Rückblick auf die Zahl der Schlachtungen im sächsischen Schlachthof zu tun. In der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni wurden dort 3 Ochsen, 195 Bullen, 83 Kühe und 122 Rinder geschlachtet und zwar im Januar 31, im Februar 82, im April 68, im Mai 33 und im Juni 41 Stück Vieh. Die Schlachtfleischmengen der März mit 148. Außerdem wurden in dieser Zeit 498 Kälber, 22 Schweine, 2 Schafe, 84 Ziegen und 21 Pferde abgetöten. Auffallend ist besonders die geringe Zahl der Schweine, von denen im Durchschnitt wöchentlich nicht einmal eines geschlachtet wurde. Am Ende des Jahres wird ein Vergleich der Zahlen der letzten drei Monate mit den vorstehenden ein Urteil zulassen, ob die Versorgung mit Fleisch mit Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung wesentlich besser geworden ist. Ueber die Preisgestaltung im freien Handel jetzt schon ein Urteil zu fällen, ist nicht möglich.

Mit der Fettversorgung Herfords sieht es nicht zum allerbesten aus, umso mehr, als die Gefahr besteht, daß die jetzt freigegebene Margarine in Güte, Menge und Preis den jetzigen Stand nicht beibehält, weil große Vorräte, die sich leider in nicht mehr allzugutem Zustande befinden, noch in den Händen des Reiches sind und erst von den Fabriken verarbeitet werden müssen. Auf rationierte Butter kann nur in allergeringstem Umfange gerechnet werden. Dies wird sowohl durch die vorgeschrittene Jahreszeit, als die zur Zeit herrschende Maul- und Klauenseuche bedingt. Als Butterersatz wird in der Hauptsache Schweineeschmalz in Frage kommen.

Nicht viel besser sieht es mit der Milchversorgung aus. Die für die geringe Zufuhr von Butter angeführten Gründe gelten auch für die von Milch. Es wird sich also voraussichtlich nach noch ein weiterer Rückgang in der Lieferung bemerkbar machen, der wahrscheinlich bis Anfang Januar anhalten wird, wo die neuen Kälber von den frisch milchenden Kühen abgesetzt zu werden pflegen. Die Hoffnungen auf eine Besserung der Milchversorgung sind nur gering. Der Grund liegt einmal in dem Futtermangel und in der schlechten Beschaffenheit des Viehs, aber auch, leider, in der nach wie vor bestehenden Ablieferungsunlust. Die Reichsfleischstelle hat in der letzten Zeit vorgeschlagen, die Zwangslieferungsverträge durch Milchlieferungsverträge auf Grund einer Futterzuteilung an die Landwirtschaft zu ersetzen, d. h. die Städte sollten allgemein Futter zur Weitergabe an die Landwirtschaft erhalten und gleichzeitig die Landwirte zum Abschluß von Lieferungsverträgen anhalten. Die landwirtschaftlichen Verbände haben aber ausnahmslos von der Verschleppung eines solchen Weges abgeraten, da eine Bindung des Landwirts an die Lieferungsträger selbst bei Lieferung von Futter ausser Acht gelassen werden könnte. Auch das Lebensmittelamt Herford glaubt, daß durch ein solches Vorgehen, keine wesentliche Besserung erzielt würde.

Ueber die Kartoffelversorgung kann man sich immer noch kein richtiges Bild machen. Die Stadt wird sich wohl darauf beschränken müssen, für die minderbemittelte Bevölkerung Kartoffeln zu beschaffen und die Preise, soweit dies nötig, durch Zuschüsse zu senken. Der überwiegende Teil der Bevölkerung muß sich durch den Handel oder die Erzeuger versorgen lassen. Der freie Handel soll im Augenblick recht gut beliefert sein. Angeblich lag der Händler gegenwärtig beim Landwirt 31 bis 35 Mark an. Die größte Gefahr bringt die wilde Kartoffeljauche mit sich, durch die die Preise beim Erzeuger vielfach auf 40 und 45 Mark in die Höhe getrieben werden. Gegen die Festlegung des Kartoffelmindestpreises auf 25 Mark durch die Landwirtschaft Sturm. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft erklärt in einer Entschließung, daß der gesetzlich festgelegte Mindestpreis von 25 Mark für den Zentner Kartoffeln zwar dem Durchschnittserzeugerentsprechend ist, daß der Anschluß jedoch die Festsetzung eines Höchstpreises mit der gesetzlich bestimmten freien Kartoffelwirtschaft und mit den Erfahrungen der Kriegszeit für

und vereinbar. Zustand eröffnen. Gegen den, was das Reich in Staaten sind a des Kartoffel der Konzeption haltend zu sei. Alles in a besonders roff daß wir den hang kann an die vielfach des Lebensm gegrißen Das beiläufig jezt frei bewi Gegenteil verli

Die Rau

Wie wir gelungen, am Randwirtschese sich um die S Regeer-Süde die drei verstu

Das

r. Storm

Sinn für sei wahre und v dem Herzen i Theodor Storm es in seinen grö in seinen größ dem Semapho nemem Glück, uns hinauszu misse. „Storm streit und erw haben und v leben brauche wecken, die n zu uns sprech und zwar du Der Dichter können, als C den lebendig „Im Sonnen „Carlten Cu Nessel reifen mann“, den glänzenden Sinnem und der uns dazu Abend schon Art folgen. — am 14. Okt. Thema: „A

A. Die

erfreute sich langen Reihe Schan, daru bis zu 15 Pfu tenheit, soda haufen bei t gerodt z „Pantmethep Trache wies Zweck der M zu geben, di men zu hebe Preise zu tr dacht werden deren müße z der Monats gelangen.

Belgi

Hümlert zwei D. Regen 1. u A. Sieb 1. P Ehrenpreis, 1 Steintücher 2 Feber 2. Pr G. Tiefer 1. Rieker 1. um 2. Preis. 3 Weiße: 1. 3. Preise. 5 Zeichnung 1. Preis 6. Kramer j und 1. Blau lin: 5. Gr G. Steffen 2.

trw. Ki

schreibt uns auf Anregu durchgeführ Rinder n Teil gewor welche in Die Kur be gung. Der in teilweise licher Besse Grndgültig wirken der Hauptfäro: Ebene in groben Zah rung der B der Fürfor Kinderpfleg dieser Stell

Der Plan liegt gemäß § 7 des Fluchtliniengesetzes vom 2. 7. 1875 vom 8. bis 22. Oktober d. J. auf dem Stadthaus, Rathaus, Zimmer 81, zu jedermanns Einsicht offen. Einwendungen gegen die Aufhebung können nur während der genannten Frist bei uns angebracht werden.

Der Magistrat.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung fordert erneut, daß die Bestimmungen wegen Einschränkung des Verbrauchs elektr. Arbeit streng durchgeführt werden.

1. Neuanlagen und Erweiterungen bestehender Anlagen dürfen nur nach erteilter Genehmigung ausgeführt werden.

2. Der Verbrauch elektr. Arbeit zu Beleuchtungszwecken ist allgemein einzuschränken. Die gleichzeitige Benutzung mehrerer Lampen an einem Beleuchtungskörper oder in einem Wohnraum hat zu unterbleiben.

3. Die Arbeitszeit in der Industrie ist in die Tagesstunden, und reichen diese nicht aus, in die Nachtstunden (nach 9 Uhr abends) zu verlegen.

Während der Hauptlichtstunden (vom 15. Oktober 1920 bis 1. März 1921 von 4 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends) dürfen Motoren nicht benutzt werden.

4. Die Scheinwerferbeleuchtung ist bis auf eine Brennstelle in jedem abgeschlossenen Scheinwerfer einzuschränken.

Herford, den 30. September 1920.

Vertrauensmann des Reichskommissars für die Kohlenverteilung.

Am Donnerstag, den 7. Oktober 1920, nachmittags 6 1/2 Uhr, findet im Magistratsitzungsraum im Rathaus, Zimmer Nr. 63, eine Vorstandssitzung des Kreisvereins vom Roten Kreuz für den Stadtkreis Herford statt, zu welcher die Mitglieder ergebenst eingeladen werden. Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes.

Herford, den 2. Oktober 1920.

Der Vorsitzende. Busse.

Der Ausbau einer Straße und die Herstellung von 2 Durchlässen auf dem städtischen Gelände an der Bismarckstraße sollen öffentlich nur an ortsanfängliche Unternehmer vergeben werden.

Angebotsformulare sind, so lange der Vorrat reicht, nach Entrichtung von je 2 M auf dem Stadtbauamt, Rathaus, Zimmer 87, zu haben.

Termin zur Öffnung der postmäßig verschlossen einzureichenden, mit entsprechender Aufschrift versehenen Angebote findet am Freitag, den 8. Oktober d. J., vormittags 11 Uhr, im Beisein der etwa erschienenen Bieter im Rathaus, Zimmer 101, statt.

Die Ausführung der Arbeiten in der jetzigen Zeit bildet einen Teil der Betätigung der Stadt auf dem Gebiete der produktiven Erwerbslosenfürsorge; die Bedingungen, die vom Staat an die Gewährung von Darlehen für derartige Arbeiten geknüpft werden, finden Anwendung.

Herford, den 1. Oktober 1920.

Das Stadtbauamt.

Lieferung von Kartoffeln auf die Reichsverträge im Kreise Herford. Laut einstimmigem Beschluß der Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Herford und auf Vorschlag des Landwirtschaftlichen Hauptvereins für Minden-Ravensberg wird den Erzeugern empfohlen, die auf Reichsverträge abgeschlossenen Kartoffeln zum Preise von 25 M abzuliefern unter der Voraussetzung, daß die Kartoffeln den Verbrauchern zu 20 M abgegeben werden. Daraufhin hat der Landkreis Herford bei der Reichskartoffelstelle erreicht, daß ihm nachträglich die abgeschlossenen 80 000 Zentner zugewiesen sind, wovon er 25 000 Zentner der Stadt Herford abgeben hat. Die Stadt Herford und die Bedarfsgemeinden des Kreises werden die Kartoffeln so verbilligen, daß sie den Verbrauchern 20 M kosten. Die Erzeuger werden nunmehr dringend aufgefordert, die Kartoffeln zu 25 M abzugeben.

Herford, den 27. Sept. 1920.

Der Landrat. von Borries.

Für das Kreiskrankenhaus in Herford suche ich etwa 500 Zentner gesunde, lagerfähige Speisekartoffeln.

Landwirte, insbesondere aus dem Landkreise, die noch über Kartoffeln verfügen, bitte ich um Angabe von Angeboten mit Preis. Es werden auch kleine Mengen von 20 Zentnern an gern angenommen.

Herford, den 1. Oktober 1920.

Der Vorsitzende des Kuratoriums des Kreiskrankenhauses.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute nachmittags 4 1/2 Uhr entschlief sanft nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, mein lieber, hoffnungsvoller Sohn, unser teurer Bruder, Neffe und Vetter, der Barockgehilfe

August Richard

im 18. Lebensjahre.

Im Namen der tiefbetrübten Hinterbliebenen:

Heinrich Richard,
Post-Betriebsassistent.

Herford, den 1. Oktober 1920.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Weberstr. 6, aus statt. Vorfeier 2.30 Uhr.

Wir erhielten Fernsprecher

Nr. 1067.

Gebr. Spedien, Klempnerei u. Installation,
Clarenstraße 9.

Wir verkaufen eine

grosse Partie Blumenkohl

zu mäßigen Preisen und empfehlen, die Gelegenheit zum Einweichen zu benutzen. Kapseln in großer Auswahl. Versand nach auswärts bereitwillig. Beim Sortieren ausfallende Kapseln kosten M. 0.20 per Pfund.

Rote Möhren, Kunteln, Kartoffeln
bitten wir mögl. im Lager Kleinbahnhof einzukaufen.

Gemüse- und Obstmarkt, G. m. b. H.,
Arndtstraße 6. Lager Kleinbahnhof.

Brennholz

prima Buche, auch Mischholz, (Eiche, Birke, Kiefer), gesunde trockene Ware, Ofenlänge ge-
schnitten, jede Menge vorrätig.

Buchenscheitholz
für Bäder, anerkannt beste Qualität.

Seiztorf
schwere, schwarze und schwarzbraune Ware, das Beste vom Besten, alles zu billigen Preisen bieten an.

H. Wille & Co., Herford
Fernsprecher 489. Diebrockerstr. 8.

Kunstvolles

Ausschneiden Stopfen an Damen- u. Herren-Kleidern sowie Einweben von Rissen, Brandlöchern usw. besorgt schnell und gut.

Bielefeld **Frau Gertrud Claßen** Bielefeld
jetzt Detmolderstr. 80, früher Herforderstr. 12.

PELZE

Auch in dieser Saison bieten wir unserer Kundschaft wie alljährlich grosse Vorteile beim Einkauf von Pelzwaren. Reiche Auswahl in allen modernen Pelz-Garnituren. Offener **prachtvolle Pelze** schon für 70, 90, 130 Mark und höher.

Schicke Pelzhüte.
Pelzänderungen b. gewissenhafter Ausnutzung des übergebenen Materials.

Für Fahrt von auswärts vergütet 10 Mk. —

Pelz-Etagengeschäft
H. Büttner, Bielefeld
Bahnhofstrasse 2, 1. Etage, Eingang im Kino.

Einladung

zur Zeichnung von erststellig hypothekarisch
sichergestellten, mit 5% verzinlichen Anteilen

der

Bereinigte Neumärkische Kohlenwerke G. m. b. H.

Berwaltungssitz Berlin.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Bielefeld eingetragen und betreibt den Braunkohlenbergbau und die Bräunefabrikation. Der umfangreiche Bergwerksbetrieb ist in den Grundbüchern von Langenfeld, Trebow und Königswalde gerichtlich eingetragen. Die bergamtlichen Verleihungsurkunden sind in den Jahren 1859 bis 1879 erteilt. Die Gesellschaft vereinigt 6 einzelne Bergwerksgesellschaften zu einem Großbetrieb. Für die Abbaufähigkeit und die Transportfähigkeit einer großen Kohlenförderung liegen die denkbar besten Voraussetzungen vor. Die Leitung des Bergwerksbetriebes liegt in den Händen erster Bergfachleute. Die Gesellschaft gibt Anteile a M. 1000.— auf den Zeichner lautend aus, die durch hypothekarische Eintragung in den Grundbüchern sichergestellt und mit mindestens 5% garantiert verzinst werden. Die zu erwartenden Dividenden dürften jedoch voraussichtlich bedeutend höher sein. In der ordentlichen Generalversammlung hat jeder gezeichnete Anteil a M. 1000.— eine Stimme. Die Umwandlung der Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft und Einführung der Aktien an der Börse ist geplant. Mit den Gesellschaftern, Zeichnern von Geschäftsanteilen können evtl. Kohlenlieferungsverträge abgeschlossen werden. Kohlenproben stehen zur Verfügung. Nach Abschluß erster Sachverständiger beträgt der Wert des Bergwerksbetriebes M. 2500 000.—, das bisher gezeichnete Kapital beträgt M. 600 000.— und soll auf M. 1250 000.— erhöht werden. Prospekt, Zeichnungsscheine verleiht die Firma Robert Friede, Bankgeschäft, Berlin S.W. 65, Friedrichstraße 213, gegründet 1903. Zeichnungen und Einzahlungen können dortselbst provisorisch während der Geschäftszeit von 9—3 Uhr vorgenommen werden. 25% der gezeichneten Beträge sind sofort einzuzahlen, der Rest nach Vereinbarung.

Bereinigte Neumärkische Kohlenwerke G. m. b. H.

Offiziere:

Leinöl
prima garant. rein,
doppelt gekocht.

Terpentin,
rein franz.,
Terpentin-Ersatz la.,
Bleiweiss in Oel.

Preis auf Anfrage.

Wilh. Schlüter,
Herford

Waltgerstrasse 56,
Göbenstrasse 50.

Telef. 737.

Reparaturen

werden schnell und billig,
auf Wunsch in einer Stunde
ausgeführt.

Gust. Hildebrandt,
Herford, Clarenstrasse 9.

Wohnhaus
in gutem Zustand, evtl. mit
Gartenland, zu kaufen gesucht.
Angebote erbeten

Stefanstr. 1, Bielefeld.

Mit beliebiger Anzahlung suche
Gast- od. Pensionshaus
bezw. Hans m. Geschäft
oder wo solches einzurichten
ist, zu kaufen. H. 161 Stella
Ann.-Exp. Hannover, Ederstr. 15

Mittagstisch
zu haben

Lübbertstraße 9 I.

Achtung!
Gutes bürgerliches
Mittag- u. Abendessen
erhält man

Radewigerstr. 6, part.

Kontoristin
mit allen Kontorarbeiten ver-
traut, für sofort, möglichst für
halbe Tage, gesucht.

Selbstständige Angebote
unter Nr. 11649 an die Ge-
schäftsstelle dieser Ztg. erbeten.

Bräut. e. m. Beamten, vom
Land, wünscht v. Verheiratung
Aufn. in out. Stadthaus, als

Stütze

b. v. Fam.-Anschluß. Taschen-
geld erwünscht. Angebote an
Bitt, Minden
Bergstr. 2 II.

Wir suchen zum sofortigen
Einstreten einen

jüngeren Herrn,
der perfekt Maschine schreibt
und stenographiert.

Schriftliche Angebote mit
Zeugnisabschriften erbeten.
Werth & Bumenthal.

Laufjunge
für nachmittags gesucht.

Herm. Wemmer Nachf.

Schneider
und Näherinnen
für gefütterte Oberjoppen,
Bogenmäntel und Josen
für sofort gesucht.

Kleiderfabrik
Jul. Koch Nachf.

Neue marinierte
Heringe und
Rollmöpfe

empfehlen
Hermann Ebmeier.

Holzschuhe
beste Handarbeit, empfiehlt

Hermann Hüls,
Neuer Markt.

Ein Sitz-Liegewagen
Brennabor, sehr gut erhalten,
mit Gummibereifung, zu ver-
kaufen. Nachfr. in der Ge-
schäftsstelle d. Ztg. n. 11668.

In unser Handelsregister A
Nr. 249 ist heute bei der Firma
Matthias & Pylmann in
Herford eingetragen, daß der
Kaufmann Albert Matthias zu
Herford alleiniger Inhaber der
Firma ist.

Herford, d. 29. Sept. 1920.
Das Amtsgericht.

Wohnungs-
Einrichtung

neu, zu kaufen gesucht und zwar
für Wohnzimmer 5,90 x 3,67
Meter groß, für Schlafzimmer
3,60 x 4,26 Meter groß, für
Küche 5,50 x 3,60 Meter
groß, für Küche 3,31 x 3,50
Meter groß.

In Betracht kommen nur
Möbel von gediegener Ver-
schönerung und tadelloser Verarbei-
tung. Angebote u. Nr. 11600
an die Geschäftsstelle d. Ztg.
erbeten.

Geschlechts-

kränke jeder Art (Harn-
röhrenentzündung, Blasen-
entzündung, Syphilis, Mannes-
schlechte, Frauenleiden)
werden schnell und gründlich
ausgeheilt auf Spezialarzt.

Dr. med. Dammann
Berlin S. 69 Potsdamerstr.
123 B. Sprechst. 9—11 u.
2—4, Sonntags 10—11 Uhr.
Beliebende Broschüre mit
tausenden freil. Dankschre-
iben, Angabe bester Heilmittel
(ohne Quacksalber u. andere
Giftstoffe, ohne Einnahme von
Beruhigungsmitteln) gegen 1.— Mk.
diskret in versch. Kuvert
ohne Aufdruck. Leiden ge-
nau angegeben.

Es peinigt Sie

und läßt Ihnen keine Ruhe, be-
sonders nachts, wenn Sie
Hautjucken, Krätze,
verursacht aber innerhalb 2
Tagen nach dem Gebrauch m.
Spezialpräparates Nr. 10 Mk.
8.25, zur Unterstüßung dient
m. Spezialtinte Nr. 3 Pat. Mk.
5.—, 3 Pat. Mk. 13.50.

Offene Beine
Kramphadern

geschwüre usw. beseitigt mein
„Mutter Ockerin“ Kramphadern-
mittel Nr. 6.75 und 9.75.
Sämtl. Präparate nur echt geg.
Nachfr. zuzüglich Porto u. Ver-
packung, vom

Laborat. Löwenhof 22
Dortmund 100.

Sil

macht die Wäsche frisch u. duftig.

Bestes

Wasch- u. Bleichmittel.

Reinigt u. bleicht ohne Reiben, nur durch ein-
maliges 1/2stündiges Kochen. Ein Paket kostet
nur Mk. 2.— und reicht für

60—70 Liter Lauge.

Überall käuflich.

Henkel & Cie., Düsseldorf

Fabrikanten von Henkel's Bleich-Soda.

Brintmann's Theateraal

Charlotten

singende, tanzende, sprechende

Marionetten

Anfang 4 und 8 Uhr!

Vorverkauf: Kortlamps Buchhandl.

Nur bis Freitag, den 8. Oktober

Café Germania.

Täglich erstklassiges

Künstler-Konzert

Anfang 4—7 und 8—11 Uhr.

Besuchen Sie das Konzert, es wird Sie nicht gereuen.

Zwei Zimmer

als Büro geeignet, werden zum 1. Januar 1921
von uns zu mieten gesucht.

Landfrantentasse der Stadt Herford.

Kalkstickstoff

zur Herbfütterung von Weizen und Roggen
eingetroffen.

Georg Schewpe.

Für Tischlereien!

Eichen-Messerrunniere

prima nordd. Ware 8/10 mm per qm Mk. 7.—
" südd. " 10/10 " " " 9.—
" " 8/10 " " " 8.—
" " 10/10 " " " 10.—

Eichen-Parkett sofort vom Lager Hannover in kleineren
und größeren Mengen lieferbar.

Carl Cohn, Kurzstraße 4, Hannover.
Vertreter gesucht!

Technikum Lemgo (Lippe).

Maschinenbau, Elektrotechnik, Hoch- u. Tiefbau, Ziegeleien,
Brennerei 5. 10. 20. Semester 2. 11. 20. Programm frei.

Für Möbelfabrikanten doppelte
Abtürstige
wegen Platzmangel preiswert
zu verkaufen.

Nachfr. unter Nr. 11666
in der Geschäftsst. d. Ztg.

Braune
Federhündin

auf den Namen „Oze“ hörend
entlaufen. Wiederbringer er-
hält hohe Belohnung. Vor-
Anlauf wird gewährt.

Weyer-Hort, Saar Nr. 2.

Wer leicht strebsamen Hand-
werker, zwecks Einrichtung einer
Zirkus-
40—50 Mille
gegen gute Sicherst. Ange-
bote unter Nr. 11679 an die
Geschäftsst. d. Ztg.

Auto

Zweifiger, Dürtopf, fahrbereit,
m. Gummi, verkauft preiswert

C. Lemmer,
Rennhofmanierstr. 31.

Ein guter, **Paletot**
(Friedrichsware), 1 engl. Bett-
hülle zu verkaufen.

Nachfragen in der Ge-
schäftsst. dieser Zeitung.

Fette Gänse

geschlachtet und gerupft, hat
abzugeben

F. Behring
Waltgerstrasse 95.